

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 300 – 14. Jahrgang

EDITORIAL



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor
Wirtschaftskammer
Baselland

Verursacherprinzip

Das von der politischen Linken auch noch so klare Volksentscheide oft über Bord geworfen werden, wenn diese nicht ihren sturen Dogmen entsprechen, ist hinlänglich bekannt. SP-Parteipräsident Martin Rüegg dokumentiert diese Missachtung des Volkswillens einmal mehr mit seiner Motion zur zusätzlichen H2-Finanzierung (Beitrag auf dieser Seite unten). Dabei ist schwer zu vermuten, dass als Triebfeder für Rüegg das auf linker Seite so oft gehätschelte «Verursacherprinzip» im Vordergrund steht: Wenn die Autofahrenden die H2 wollen, so sollen sie diese auch selbst bezahlen!

Rüegg blendet damit aber elegant aus, dass die Kostensteigerungen der H2 zu einem erheblichen Teil durch die ständig neuen Störmanöver der rot-grünen Baselbieter Parteien mitverursacht worden sind. Denn: Hätte man Mitte der 90er Jahre die H2 bereits nach der zweiten klaren Abstimmung zugunsten der Umfahrung tatsächlich in Angriff genommen, hätte man diese deutlich kostengünstiger und für die geplagten Rheinstrasse-Anwohner deutlich früher bauen können. Rot-grün wollte damals jedoch – völlig absurd – die Rheinstrasse vierspurig ausbauen. Es dauerte sage und schreibe gut 10 Jahre, bis das ursprüngliche Tunnel-Umfahrungsprojekt wieder weiterbearbeitet wurde – allerdings mit neuen teuren Auflagen des Bundes.

Übertragen wir also das Verursacherprinzip der Linken auch auf diese leidigen Verzögerungsmanöver – was nichts anderes hiesse, als dass auch Rot-Grün direkt zur Mitfinanzierung der höheren Kosten herangezogen werden müsste. Unter diesem Lichte betrachtet ist die Motion Rüegg eine eigentliche Frechheit. Bei Redaktionsschluss war mir noch nicht bekannt, ob der Landrat diese Motion bachab geschickt hat. Ich hoffe es!

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

WOCHENTHEMA 1/5

Neue Konflikte zwischen Gewerblern und Bürokraten.

DAS INTERVIEW 3

Nationalrätin Ida Glanzmann und die «Waffenschutz-Initiative».

WIRTSCHAFT 9

Aargauer RAV setzt im Notfall auch mobile Berater ein.

DIALOG – Wirtschaftsforum des FDP-Kreisverbandes Waldshut mit prominenten Schweizer Gästen.

Mehr Verbindendes als Trennendes

Die Teilnehmer des FDP-Wirtschaftsforums 2011 im südbadischen Wehr waren sich einig: Die Schweiz und Deutschland pflegen ein gutnachbarschaftliches Verhältnis. Vor allem in der Grenzregion Oberrhein bestehen vielfältige und enge Beziehungen. Diese traditionelle Nähe ist für beide Seiten von Nutzen. Deshalb ist es wichtig, dass aktuelle Problemfelder wie zum Beispiel grenzüberschreitende Verkehrsfragen oder ungelöste Fragen bei der Personenfreizügigkeit gemeinsam gelöst werden – im Bewusstsein, dass uns mehr verbindet als trennt.

Etwas mehr als 100 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung des deutschen FDP-Kreisverbandes Waldshut in die Stadthalle von Wehr zum Wirtschaftsforum 2011. Neben hochkarätigen Vertretern der Politik und der Behörden aus Deutschland und der Schweiz nahm an diesem grenzüberschreitenden Anlass auch eine stattliche KMU-Delegation aus dem Baselbiet teil: u.a. die freisinnigen Landräte **Christoph Buser, Hanspeter Frey, Patrick Schäfli** und **Thomas Schulte**.

Binationales Podium

Mit den «Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit» befasste sich ein hochkarätig besetztes Podium: **Ernst Burgbacher**, FDP-Bundestagsabgeordneter und parlamentarischer Staatssekretär im Berliner Bundesministerium für Wirt-



Grenzüberschreitender Dialog (v. l.): Hans Rudolf Gysin, Klaus Denzinger, Hanspeter Frey, Staatssekretär Ernst Burgbacher, Thomas Schulte, Christoph Buser, Valentin Weislämle, Botschafter Tim Guldemann, Fritz Schleith und Helmut Steinebrunner.

schaft und Technologie (er vertritt im deutschen Bundestag den Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle), Nationalrat **Hans Rudolf Gysin**, Direktor Wirtschaftskammer Baselland, **Tim Guldemann**, Schweizer Botschafter in Berlin, und **Prof. Dr. Bernd Martin**, Rektor Duale Hochschule Baden-Württemberg in Lörrach. Mit dem Forum wolle man «Leitlinien für die Zukunft definieren, wo wir in zehn, fünfzehn Jahren

stehen», erklärte der ehemalige Bürgermeister von Wehr und heutige FDP-Landtagskandidat **Klaus Denzinger** in seiner Begrüssung. Mit der Feststellung, der Lebensraum diesseits und jenseits des Rheins sei eine Einheit, gab er die Hauptperspektive gleich selber vor.

Vorbildliche Zusammenarbeit

Staatssekretär Ernst Burgbacher, der Beauftragte der deutschen Bundesre-

gierung für Mittelstand und Tourismus, bezeichnete die deutsch-schweizerische Zusammenarbeit in sehr vielen Bereichen als beispielhaft. In diesem Zusammenhang wies Burgbacher auch auf die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Nationalrat Hans Rudolf Gysin hin. Beide gehörten dem Kontaktgremium der beiden Bundesparlamente an.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

UNGLAUBLICH! – SP-Landratsmotion verlangt zusätzliche finanzielle Opfergänge der Automobilisten.

Neues linkes Abstrafmanöver gegen H2-Volksmehrheiten

Wir wissen es: Die unendliche Geschichte vom Bau der H2, die in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen hat, ist das unglaubliche Beispiel, wie mit immer neuen fadenscheinigen Gründen der Bau einer zwingend erforderlichen Umfahrung behindert werden kann.

Viermal immer klareres Ja zur H2

In insgesamt vier Abstimmungen mit immer höheren Zustimmungsteilen hat das Baselbiet den Bau der H2-Umfahrung zunehmend ungeduldiger gefordert. Und mit immer neuen Behinderungs- bzw. Verhinderungsaktionen haben insbesondere die rot-grünen Parteien versucht, diesen Bau zu stoppen oder doch zumindest zu verzögern. Resultat: Der Bau ist ständig teurer geworden, nicht zuletzt durch immer kostspieligere Bauvorschriften des Bundes.

Hätte man Mitte der 90er Jahre nach dem zweiten klaren Ja zur J2 (heute

H2) – spätestens aber Ende 1997 nach dem dritten noch klareren Ja zum Projekt – tatsächlich mit dem Bau begonnen, hätte man die H2 deutlich kostengünstiger realisieren können. Sie wäre längst in Betrieb.

Freiwillige Mitfinanzierung der Autofahrenden

Die mehr als ärgerlichen linkspolitischen Verzögerungsaktivitäten, die durch unverständliche Managemententscheide der damaligen Baubehörden zusätzlich begünstigt worden waren, hat die Baukosten explodieren lassen.

Und siehe da: Die Automobilisten im Baselbiet waren sogar bereit, ihren Teil an diese zusätzlichen Kosten zu tragen. In der denkwürdigen Abstimmung vom 24. September 2006 haben über 75 Prozent der Baselbieter Abstimmen ja gesagt zu einer zweckgebundenen befristeten Aufhebung des Motorfahrzeug-Steuerabattes.

Jedoch: Die politische Linke kann in ihrer grenzenlosen Anspruchshaltung offenbar den Hals nicht voll genug kriegen. In einem wahltaktisch-populistischen Husarenstreich versucht nun diese Linke, die Baselbieter Automobilisten auf einen neuen Finanzierungsofergang zu prügeln.

Baselbieter Automobilisten 15 Jahre «bluten» lassen?

So verlangt SP-Parteipräsident und Landrat **Matin Rüegg** in seiner am 8. Dezember 2010 eingereichten Motion – eine Zwängerei von ihm, die bereits im letzten Mai im Landrat gescheitert ist –, dass die Aufhebung des Verkehrssteuerrabattes zugunsten der H2 nicht maximal 10, wie 2006 überdeutlich an der Urne beschlossen, sondern volle 15 Jahre dauern soll. Unglaublich! Wie schon in den vergangenen 40 Jahren H2-Geschichte beweisen Martin Rüegg und seine GenossInnen

damit einmal mehr, dass auch noch so klare Volksentscheide nonchalant missachtet werden können.

Mitverantwortung missachtet

Klar ist, dass die Baselbieter Autofahrer und mit ihnen ein wachsender Anteil der Stimmberechtigten seit 1988 die H2-Umfahrung wollen. Ebenso klar ist, dass es insbesondere die Linke war, die den Bau mit immer neuen Störmanövern zu verhindern versucht hat. Es grenzt schon sehr an Missachtung der eigenen Mitverantwortung, wenn diese Suppe nach Meinung der mitverantwortlichen Kostentreiber allein von den Autofahrenden durch noch höhere Steueropfergänge ausgelöffelt werden soll. Wann hören solche peinliche Störmanöver gegen die H2 endlich auf?

Landrat **Christoph Buser**,
Geschäftsführer Bürgerforum H2

KOMMENTAR AUF DIESER SEITE

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Deutschland und die EU seien die wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner der Schweiz. Die EU-Förderpolitik müsse sich auch in Zukunft auf Grenzregionen und grenzüberschreitende Projekte konzentrieren. Die trinationale Region Oberrhein spiele in diesem Kontext eine ganz wichtige Rolle, ist Burgbacher überzeugt.

Bei allen Gemeinsamkeiten zwischen beiden Oberrheinregionen sieht er aber auch Handlungsbedarf: Die bilateralen Verträge seien nicht statisch, sondern müssten dynamisiert werden, damit sie der laufenden Entwicklung der EU Rechnung tragen könnten. Ärgerlich seien zudem die bilateral nicht gelösten Probleme im Zusammenhang mit dem Flughafen Zürich-Kloten.

Keine Diskriminierung

Im Bereich Personenfreizügigkeit streifte Burgbacher zwangsläufig auch die Frage der Kautionspflicht und zeigte sich über das jüngst ergangene Bundesgerichtsurteil nicht sonderlich erfreut. Seiner Meinung nach stelle die Kautionspflicht eine «massive Marktzugangssperre» dar und stehe im Widerspruch zu den europäischen Verträgen.

Dieser Ansicht widersprach Tim Guldemann, der Schweizer Botschafter in Berlin, mit für einen Diplomaten ungewohnt deutlichen Worten: «Die Kautionspflicht entspricht der schweizerischen Gesetzgebung und ist in keiner Weise diskriminierend, weil sie auch für Schweizer Unternehmer gilt.» Die Teilnahme der Schweiz am EU-Wirtschaftsraum bedeute nicht zwingend völlig identische Regelungen.

Gemeinsame Lösungen gefragt!

«Im nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland ist das Verbindende bei weitem stärker als das Trennende», leitete Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Direktor der Wirtschaftskammer Basel-



Auch Baselbieter Landräte profitieren vom Dialog über Landesgrenzen.

DIALOG – über die Grenzen hinweg gefördert. Wertvolle Langzeitwirkung

land, sein Impulsreferat ein. Mit Blick auf die offenen Fragen stellte der Baselbieter Bundespolitiker fest, dass es unter Freunden üblich sei, dass man Probleme und Befindlichkeiten nicht verschweigt, sondern sie auf gleicher Augenhöhe offen diskutiert und gemeinsam nach Lösungen sucht. Die Grenzöffnung sei zweifellos eine Chance. Für kleine Länder wie die Schweiz berge sie aber auch Risiken.

Dumping beeinträchtigt auch deutsche Handwerksfirmen

Die von deutscher Seite angeprangerte Kautionspflicht, so Gysin, richte nicht spezifisch gegen süddeutsche Handwerker, sondern gegen Auftragnehmer, die aus entfernteren Regionen stammten, dabei aber mit Lohn- und Sozialdumping gegen sozialpartnerschaftlich festgelegte Regeln verstössen. Damit verzerrten

sie eklatant den Wettbewerb zuungunsten aller Marktteilnehmer – also auch für den Grossteil der korrekt handelnden süddeutschen Handwerker!

In diesem Zusammenhang wies Gysin auch auf die am 1. Mai dieses Jahres stattfindende Ausdehnung der vollen Personenfreizügigkeit auf acht EU-Ostländer hin, wo der Durchschnittslohn knapp zwei Euro betrage. Hier kämen nicht nur auf die Schweiz, sondern auch auf den süddeutschen Raum gewaltige Herausforderungen zu. «Unsere Länder stehen also gemeinsam in der Verantwortung für die Schaffung und Gewährleistung von fairen, machbaren und vor allem auch nachhaltigen Rahmenbedingungen.»

Verkehrsdefizite

Handlungsbedarf auf deutscher Seite sieht Gysin vor allem beim grenz-

überschreitenden Schienenverkehr. Die Schweiz habe mit der NEAT ihre Hausaufgaben gemacht. Doch dieses insgesamt 13 Milliarden Euro teure und von unserem Land allein finanzierte Grossprojekt mache nur dann Sinn, wenn – wie vereinbart – der Güterverkehr auch jenseits der Grenzen abgenommen werden könne. Deshalb müssten die Zulaufstrecken, zum Beispiel Karlsruhe – Basel, bis zur NEAT-Fertigstellung im Jahre 2017 entsprechend ausgebaut werden. Nur so könne der Verkehrskorridor Rotterdam – Genua funktionieren. Seitens Deutschlands höre man diesbezüglich aber nur Absichtserklärungen und wenig Konkretes, monierte Gysin.

Hochschule ohne Grenzen

Für Prof. Dr. Bernd Martin funktioniert die Zusammenarbeit im Dreiländereck auch auf Hochschul-Ebene sehr gut. Bereits seit längerer Zeit würden an der «Dualen Hochschule Baden-Württemberg» in Lörrach trinationale Studiengänge angeboten. Etwa acht Prozent der insgesamt 1700 Studenten kämen aus der Schweiz und viele Absolventen arbeiteten in Schweizer Unternehmen. Dennoch sei der Fachkräftemangel beidseits des Rhein ein ernstes Thema, führte Martin weiter aus.

Langzeitwirkung

Das FDP-Wirtschaftsforum in Wehr bot über die Impulsreferate und Podiumsdiskussion hinaus den teilnehmenden Politikern aus beiden Ländern viele wichtige Gelegenheiten, miteinander persönlich ins Gespräch zu kommen und dabei die angesprochenen Gemeinsamkeiten und Vorteile, aber auch die Problemstellungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dialog zu vertiefen.

Die Langzeitwirkung dieser Veranstaltung kann demnach gerade auch für die kantonalen Politiker aus dem Baselbiet nicht hoch genug eingeschätzt werden.

MWB.



Staatssekretär Ernst Burgbacher, MdB.



Botschafter Tim Guldemann.



Nationalrat Hans Rudolf Gysin.



Begrüssung und Einleitung durch Klaus Denzinger.



Prof. Dr. Bernd Martin, Rektor Duale Hochschule.



FDP Kreisvorsitzender Helmut Steinebrunner, Ernst Burgbacher und Landrat Thomas Schulte



Ernst Burgbacher und Landrat Hanspeter Frey.



Hans Rudolf Gysin, Ernst Burgbacher und Landrat Christoph Buser.



Podium v. l.: Valentin Weislämle, Tim Guldemann, Bernd Martin, Klaus Denzinger und Hansrudolf Gysin.



Diskussionsleiter Prof. Dr. Valentin Weislämle.



Peter Suter, Präsident KMU Homburger-Diegtertal u. U., Delia Kugel, ZPK, sowie Gabriele und Thomas Schulte.



Das Wirtschaftsforum bot auch viele Gelegenheiten, grenzüberschreitende Beziehungen aufzubauen und zu vertiefen.



ALLE BILDER FOTOLABOR SPIESS AG, LIESTAL

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgV,
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch

Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

e-mail: standpunkt@kmu.org

Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

SOZIALLEISTUNGEN

INTERNET – Abfrage für Arbeitgeber.

Familienzulagen-Register jetzt online

Der Bund will mit dem Familienzulagenregister dafür sorgen, dass für das gleiche Kind nicht mehrfach Familienzulagen bezogen werden. Das Register ist am 1. Januar 2011 gestartet. Arbeitgeber und Eltern können jetzt über einen beschränkten Internet-Zugang überprüfen, ob und über welche Familienausgleichskasse für ein Kind bereits Zulagen bezogen werden. Die Internet-Abfragemöglichkeit erfüllt laut BSV ein sozialpolitisches Anliegen: Es komme immer wieder vor, dass der anspruchsberechtigte Elternteil die Familienzulage nicht an den Elternteil weiterleitet, bei dem das Kind lebt. Dies obwohl er gesetzlich dazu verpflichtet wäre, oder dass Eltern die Familienzulagen nicht für die Bedürfnisse ihrer Kinder verwenden. In diesen Fällen werde die Internetabfrage den betroffenen Elternteilen und mündigen Kindern erleichtern, zu ihrem Recht zu kommen.

Transparenz verhindert Missbräuche

Im Register sind die Informationen über Familienzulagen zentralisiert, die nach schweizerischem Recht für Kinder mit Wohnsitz in der Schweiz oder im Ausland ausgerichtet werden. Sein Zweck ist primär, mit Transparenz zu verhindern, dass für ein Kind mehrfach Familienzulagen bezogen werden, teilt das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) mit. Im Weiteren soll es den Durchführungsstellen den Vollzug des Familienzulagengesetzes (FamZG) erleichtern und dem Bund und den Kantonen als Auskunftsstelle dienen. Das Familienzulagenregister wird durch die Zentrale Ausgleichsstelle von AHV und IV geführt und vom Bund finanziert.

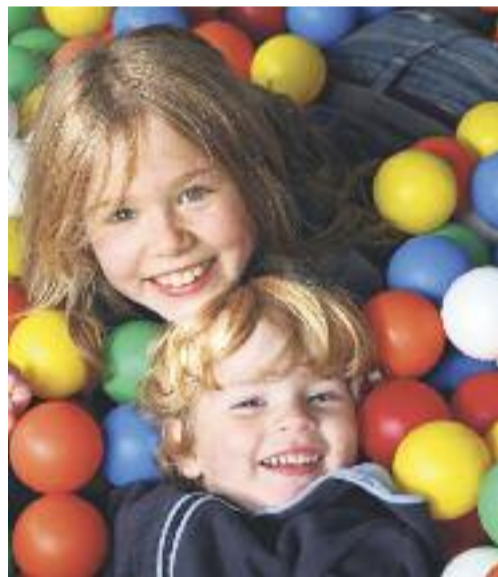


BILD K.F.L.-FOTOLIA

1,7 Mio. Kinder und Jugendliche registriert

Gemäss aktueller Schätzung der Anzahl Kinder, für die eine Kinder- oder Ausbildungszulage ausgerichtet wird, werden im Familienzulagenregister rund 1,7 Mio. Kinder und Jugendliche registriert sein. Die Durchführungsstellen der Familienzulagen (rund 200 Familienausgleichs-, 35 Arbeitslosen- und 79 AHV-Ausgleichskassen) sind zum Datenaustausch mit dem Familienzulagenregister verpflichtet.

Um die Vollständigkeit und die Tagesaktualität des Registers zu gewährleisten, müssen diese eine neue Familienzulage oder eine Änderung innerhalb eines Arbeitstages ans Register melden (z.B. Ende der Ausbildung einer/s Jugendlichen, womit der Anspruch auf Familienzulagen endet). **Dies setzt allerdings voraus, dass auch die Arbeitgeber ihre entsprechenden Mitarbeiter-Mutationen jeweils umgehend ihrer Familienausgleichskasse melden.**

AHV-Versichertennummer und Geburtsdatum des Kindes als Zugang

Vollen Zugang zum Register haben ausschliesslich die Durchführungsstellen und deren Aufsichtsbehörden. Arbeitgeber und die Öffentlichkeit haben über Internet einen beschränkten Zugang zum Register. Für die Abfrage, ob und von welcher Stelle für ein Kind eine Familienzulage ausgerichtet wird, müssen die Versichertennummer der AHV und das Geburtsdatum des Kindes angegeben werden.

(Quelle SAV/BSV)

Abfragen im Internet über:

LINK

www.infofam.zas.admin.ch

POLITIKOLUMNE

Nicht jeder Einfall ist ein guter

Nach statistischen Kriterien zählt die Schweiz 151 Städte (Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern). Fast drei Viertel der Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. In diesen urbanen Gebieten wird 84 Prozent der Wirtschaftsleistung erbracht. Damit sich dies auch politisch niederschlägt, ist zum Beispiel der Schweizerische Städteverband «am Drücker». Interessenvertretung und Lobbyarbeit ist ein Schwerpunkt seiner Aktivitäten: «Der Verband bringt die Anliegen der urbanen Schweiz in allen Phasen des politischen Entscheidungsprozesses ein und vertritt so äusserst wirkungsvoll die Interessen der Städte.»

Eidgenössische Parlamentsmitglieder, die sich besonders für kommunale Fragen einsetzen wollen, finden in der Parlamentarischen Gruppe «Kommunalpolitik» mehr als fünf Dutzend Gleichgesinnte. Diese Gruppe wird gemeinsam von den beiden Kommunalverbänden Gemeinde- und Städteverband betreut. Der Schaffhauser SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr, aktionkundig geworden als glückloser Präsident der Schweizer Sozialdemokraten, hatte dazu eine Idee und formulierte eine Parlamentarische Initiative: «Die Bundesverfassung räumt den Städten mit mehr als 100'000 Einwohnerinnen und Einwohnern den Status eines Halbkantons ein.» Zürich, Genf, Basel, Bern, Lausanne und Winterthur sollten also je einen (linken?) Ständeratssitz erhalten.

Die Begründung dieser wahrhaft revolutionären Initiative ist gleichzeitig das beste Argument dagegen. Originalton Fehr: «Die zehn kleinsten Kantone belegen im Ständerat 16 Sitze, die zehn



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

grössten Städte dagegen keinen einzigen. Das politische Gewicht der kleinen Kantone ist zu gross, dasjenige der grossen Städte zu klein. Es braucht eine Reform des Föderalismus. Das geschieht am besten dadurch, dass man den grossen Städten das gibt, was die kleinen Kantone schon lange haben.»

Die Antwort des Nationalrats fiel klar aus: 113 Nein gegen 41 Ja bei 8 Enthaltungen. Damit die Städte ihre Anliegen auf Bundesebene artikulieren könnten, brauche es keine neuen Institutionen, fand die Mehrheit. Durch

Zusammenarbeit könnten die Städte ihre Forderungen bündeln und wirksam bei den Kantonen und beim Bund einbringen. Alles andere würde die kleinen Kantone vor den Kopf stossen und Konflikte auf Bundesebene heraufbeschwören, welche dem Einbezug städtischer Standpunkte kaum dienlich wären.

Fehrs Vorstoss ins bundespolitische Niemandsland hat immerhin bewirkt, dass man in Bern wieder einmal über die Vorzüge des Föderalismus und dessen Praxis mit dem Zwei-Kammer-System nachdenken musste. Dass der Ständerat mit seinen 46 Sitzen nicht Bevölkerungszahlen und Agglomerationen abbilden soll, sondern gleichberechtigte souveräne «Stände» und eidgenössische Gliedstaaten unterschiedlichster Grössen, das ist nämlich gewollt und zählt zu den weitsichtigsten Entscheiden der Schöpfer des Bundestaates. Im parlamentarischen Prozess der Willensbildung werden so «Riesen» und «Zwerge» zum Dialog auf gleicher Augenhöhe und mit gleich langen Spiessen geführt. Das ist weder ungerecht noch gar überlebt; das ist höchst sinnvoll für ein friedvolles eidgenössisches Zusammenleben auch der Landesteile.

Nicht hinter jeder Idee steckt ein überzeugender Gedanke. Manchmal ist's auch bloss ein Einfall. In jedem Fall aber gilt, was der französische Dramatiker Victor Hugo (1802–85) sagte: «Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.» Das Gegenteil ist ebenfalls richtig...

P.A.

OBLIGATIONENRECHT – Grundsatz der Parität darf nicht zulasten der Arbeitgeber verwässert werden.

Klares Nein zur Verschärfung des Kündigungsrechts

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) lehnt in der Vernehmlassung die Teilrevision des Obligationenrechts zum Thema Kündigungen entschieden ab. In seiner Stellungnahme spricht sich der SAV sowohl gegen eine höhere Entschädigung bei einer missbräuchlichen oder ungerechtfertigten Kündigung als auch dagegen aus, dass der Schutz von Arbeitnehmervertretern bei Kündigungen ausgeweitet werden soll.

Drei wesentliche Änderungen

Bei der vorgeschlagenen Teilrevision des Obligationenrechts sind gegenüber dem geltenden Recht drei Änderungen vorgesehen:

1. Die maximale Entschädigung im Fall einer missbräuchlichen oder ungerechtfertigten Kündigung soll von heute sechs auf neu zwölf Monatslöhne erhöht werden.

2. Ein Arbeitgeber soll einem gewählten Arbeitnehmervertreter nur dann kündigen dürfen, wenn der Grund dazu in dessen Person liegt. Eine Kündigung aus wirtschaftlichen oder betriebsorganisatorischen Gründen würde damit in Zukunft verunmöglicht.

3. Der Vorentwurf verzichtet auf den absolut zwingenden Charakter der Artikel 336 und 336a im Obligationenrecht (OR) und gibt damit die Möglichkeit zu vertraglichen Vereinbarungen, die (paritätisch) beide Vertragsparteien oder auch nur den Arbeitnehmenden besser stellen.

Höchstbetrag der Entschädigung nicht erhöhen

Der SAV lehnt es entschieden ab, dass der Höchstbetrag der Entschädigung für eine missbräuchliche oder ungerechtfertigte Kündigung auf zwölf



Der bewährte Grundsatz der Parität im Arbeitsvertragsrecht darf nicht fahrlässig verwässert werden. BILD OLLY-FOTOLIA.COM

Monatslöhne erhöht wird. Einerseits ergab eine Überprüfung der im geltenden Recht vorgesehenen Sanktionen durch das Eid, Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), dass sich der seit 1989 geltende Kündigungsschutz grundsätzlich bewährt hat.

Andererseits können die nun im Bericht zur Vernehmlassung erwähnten Einzelfälle, in welchen zumindest annähernd der Höchstbetrag der Entschädigung ausgesprochen wurde, nach Meinung des SAV eine Erweiterung des gesetzlichen Rahmens nicht rechtfertigen.

Die Doppelfunktion der Entschädigung als Wiedergutmachung und Sanktion kann mit einem Höchstbetrag von sechs Monatslöhnen durchaus erfüllt werden. Gerade für Klein- und Mittelbetriebe sind bereits sechs Monatslöhne eine beachtliche Summe, die ihre Existenz bedrohen kann.

Kein besonderer Schutz für Arbeitnehmervertreter

Der SAV erachtet den nach geltendem Recht ausgestalteten erweiterten Kündigungsschutz als unbestritten. Demnach ist die Kündigung eines Arbeitnehmers missbräuchlich, wenn sie im Zusammenhang mit seinem Mandat in einer Arbeitnehmervertretung steht.

Nun sollen jedoch laut Vorlage Arbeitnehmervertreter nur entlassen werden dürfen, wenn dafür ein begründeter Anlass gegeben ist, der in der Person des Arbeitnehmervertreter liegt. Diese Erweiterung des bisherigen Tatbestands bewirkt, dass eine Entlassung von Arbeitnehmervertretern aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich wird.

Der SAV lehnt auch diesen massiven und systemwidrigen Eingriff in die unternehmerische Freiheit strikte ab.

Gerade in für ein Unternehmen wirtschaftlich schwierigen Zeiten würden notwendige betriebsbedingte organisatorische Massnahmen wie Kündigungen zu einem guten Teil verunmöglicht.

Unbegründete Abweichung vom Paritätsgrundsatz

Das Schweizerische Arbeitsrecht ist geprägt vom Paritätsgrundsatz, wonach für Arbeitnehmer und Arbeitgeber die gleichen Kündigungsfristen und der gleiche Kündigungsschutz gelten sollen. Der SAV erachtet die vorgeschlagene Regelung als unbegründete Abweichung vom Paritätsgrundsatz.

(Quelle: SAV)

LINK

www.arbeitgeber.ch

Berufsschau



26.-30. Oktober
Kultur- und Sportzentrum
Pratteln

www.berufsschau.ch

ARBEITSMARKT

KMU besorgt über
Fachkräftemangel

Die KMU in der Schweiz sind in Hochstimmung: In einer Umfrage von Ernst & Young (E&Y) zeigten sich 93 Prozent aller KMU mit der Geschäftslage zufrieden. Die Situation ist so gut wie seit Januar 2008 nicht mehr. 61 Prozent der befragten Unternehmen bezeichneten ihre Lage sogar als gut, wie E&Y Ende Januar mitteilte. 43 Prozent der KMU erwarteten, dass sich ihre Situation weiter verbessert (Februar 2010: 36 Prozent). Nur 5 Prozent gingen von einer negativen Entwicklung aus.

Ein Dämpfer für die gute Stimmung ist laut E&Y allerdings die Situation auf dem Arbeitsmarkt: Fast drei Viertel der KMU hatten Schwierigkeiten, neue, genügend qualifizierte Mitarbeitende zu finden. Mehr als die Hälfte der Unternehmen befürchtete Umsatzeinbussen, weil sie zu wenige geeignete Mitarbeitende hatte. Aus Sicht von 81 Prozenten der befragten Unternehmen gibt es in der Schweiz zu wenige gut ausgebildete Fachkräfte. Der Schweizer Wirtschaft entgehen durch diesen Fachkräftemangel hochgerechnet jährlich knapp 4,2 Mrd. Franken an Einnahmen, wie E&Y schreibt.

Ausserdem: KMU seien gegenüber Grossunternehmen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Die grossen Unternehmen hätten professionellere Strukturen, um nach Personal zu suchen. Zudem sei es für Grossunternehmen wegen ihres Bekanntheitsgrads einfacher, hochqualifizierte Bewerber anzulocken. (Quelle: sda)

KMU FRAUEN BASELLAND

Jahresprogramm 2011

Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe geplant. Die Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen notwendigen Detailinformationen.

MUBA Tag der Frau

Samstag, 5. Februar 2011, ab 9 Uhr
im Kongresszentrum der Messe Schweiz, Basel.
Themenschwerpunkt: Netzwerk

Vollversammlung KMU-Frauen

Donnerstag, 24. Februar 2011, 18 Uhr, im
Haus der Wirtschaft, Liestal

Fitness-Tag der KMU-Frauen

April 2011

Führung durch den Basler Zolli

Mai 2011

Sommerplausch

August 2011
Die KMU Frauen gehen mit ihren Partnern
gemeinsam zum Fischen.

KMU Frauen beim Boxen

September 2011

An einer Mitgliedschaft interessierte Damen sind
eingeladen, an einzelnen Anlässen teilzunehmen
und dabei KMU-Frauen unverbindlich kennenzu-
lernen. Wir bitten um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder
kmu-frauen@kmu.org

DIENSTLEISTUNG – Hochschule für Wirtschaft der FHNW in Basel offeriert attraktive Möglichkeit für Unternehmen und Organisationen in der Region.

Betriebswirtschaftliche Problemlösungen



Studierende der Hochschule für Wirtschaft der FHNW beantworten in praxisbezogenen Projektarbeiten und Bachelor Thesis betriebswirtschaftliche Fragestellungen für Unternehmen und Organisationen in der Nordwestschweiz. BILDER HSW-FHNW

Im Rahmen ihrer Projektarbeit oder Bachelor Thesis (Abschlussarbeit) befassen sich Studierende der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel mit aktuellen Fragestellungen von Unternehmungen und Organisationen aus der Region. Wenn diese eine konkrete betriebswirtschaftliche Problemlösung suchen, können sie diese durch Studierende der FHNW zu sehr interessanten Konditionen ausarbeiten lassen.

Praktische Beispiele erfolgreicher Arbeiten

«Kommunikationskonzept und Umsetzungsvorschlag für den business parc Reinach», so lautet der Titel einer Bachelor Thesis aus dem Vorjahr. Zwei Studierende erarbeiteten im Rahmen dieser Abschlussarbeit für den business parc Reinach ein neues Kommunikationskonzept mit konkreten Umsetzungsvorschlägen. In Interviews mit den Mitarbeitenden wurden die bestehenden Kommunikationsmassnahmen analysiert. Parallel dazu führten die Studierenden eine Online-Umfrage bei den Mitgliedern des business parcs durch, um deren Vorstellungen und Bedürfnisse in Bezug auf die Kommunikation zu erfahren. Durch die ausführliche Analyse konnten diverse Schwachstellen in der Kommunikation erkannt werden. Die Studierenden zeigten unter anderem auf, dass im Online-Marketing noch Potenzial brach liege und wiesen auf Möglichkeiten hin, wie die Zielgruppen über neue innovative Kommunikationswege besser angesprochen werden könnten.

Eine andere Abschlussarbeit hatte zum Ziel, ein neues Konzept für die Anlagebuchhaltung für ein renommiertes Basler Spital zu entwickeln. Die bestehende Anlagebuchhaltung entsprach nicht mehr den Anforderungen des Spitals und den notwendigen Standards. Ein Student erarbeitete daher nach einer Analyse der Ausgangslage konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Anlagebuchhaltung. Er legte neue Abschreibungssätze für die Finanz- und Betriebsbuchhaltung fest, überarbeitete Prozesse und erstellte Weisungen. Mit den Resultaten dieser Bachelor Thesis kann das Spital eine verbesserte, den gesetzlichen Normen entsprechende Anlagebuchhaltung realisieren und eine hohe Prozessqualität sicherstellen.

Rund 100 Auftraggeber jährlich

Jährlich profitieren so rund hundert auftraggebende Organisationen von den Kompetenzen des FHNW-Nachwuchses. Dabei geht es um Themen wie Optimierung von Geschäftsabläufen, Evaluation von IT-Lösungen, Erstellung und Überprüfung von Marketingkonzepten, Durchführung von Kunden- und Marktanalysen, Beurteilung von Kalkulation oder Kostenrechnung, Erstellung eines Businessplans oder Entwicklung des Personalmanagements.

Gewinn für beide Seiten

Unternehmen und Organisationen aus der Region können das aktuelle Wissen von Betriebsökonomie-Studierenden der Hochschule für Wirtschaft nutzen. Die Arbeiten entstehen in enger Zusammenarbeit zwi-

schenden Studierenden und Auftraggeberschaft.

Beachtliche 95 Prozent der Unternehmen und Organisation empfehlen die Zusammenarbeit mit den angehenden Betriebsökonominnen und -ökonominnen weiter. Speziell KMU äussern sich sehr positiv über den Nutzen der Ergebnisse. Bachelor Thesis und Projektarbeit bieten zudem die Möglichkeit, potenzielle zukünftige Nachwuchskräfte kennenzulernen.

Projektarbeit und Bachelor Thesis im Vergleich

Die Projektarbeit wird während vier Monaten von September bis Januar in einem Team von vier bis fünf Studierenden im dritten Studienjahr bearbeitet und durch Dozierende begleitet. Die Gebühren für diese

Dienstleistung betragen 2000 Franken. Themenvorschläge für Projektarbeiten können bis Ende Mai eingereicht werden.

Die Bachelor Thesis ist in der Regel eine Zweierarbeit am Schluss des Studiums. Die Studierenden arbeiten von Mai bis Mitte August an ihrer Bachelor Thesis. Für diese ist ein Aufwand von etwa 270 Stunden pro Studierende vorgesehen und die Gebühr beläuft sich auf 900 Franken pro Arbeit.

Jetzt Themenvorschläge einreichen

Unternehmen und Organisationen in der Region, die sich für diese attraktive Dienstleistung der FHNW interessieren und eine konkrete betriebswirtschaftliche Problemstellung im Rahmen einer Projektarbeit oder einer Bachelor Thesis bearbeiten lassen möchten, können ab sofort Themenvorschläge einreichen, denn bereits ab Ende Februar setzen sich die Studierenden mit der Wahl ihres Themas für die Bachelor Thesis auseinander.

Die FHNW freut sich auf interessante Fragestellungen von Unternehmen und Organisationen aus der Region und unterstützt diese gerne bei der Themeneingabe.

Weitere Auskünfte und Eingabe von Projektideen:

Bachelor Thesis:
Adrian Alioski
adrian.alioski@fhnw.ch
Tel. 061 279 17 69

Projektarbeiten:
Christian Tanner
christian.tanner@fhnw.ch
Tel. 061 279 17 97

LINK

www.hsw-basel.ch/praxisarbeiten



Die Hochschule für Wirtschaft ist in Basel beim Bahnhof SBB domiziliert.

diga
möbel

Jetzt Sonderangebote
zum Zugreifen!

BÜRO-KOMPETENZ.

diga ist das Kompetenz-Zentrum für die KMU. Wir planen Ihr Büro,
vom einfachen Schreibtisch bis zur komplexen Bürolandschaft.

3400 Burgdorf/Bern	8600 Dübendorf/Zürich	8854 Galgenen/SZ
1023 Crissier/Lausanne	6032 Emmen/Luzern	4614 Hägendorf/Olten
8953 Dietikon/Zürich	1700 Fribourg Nord	9532 Rickenbach/Wil

I d'iga muesch diga!



www.diga.ch



ALLES UNTER EINEM DACH

Unsere Dienstleistungen:
Grafisches Service-Zentrum
EDV · Treuhand
kreativAtelier · Restaurant Albatros

Kompetent. Persönlich. Sympathisch.

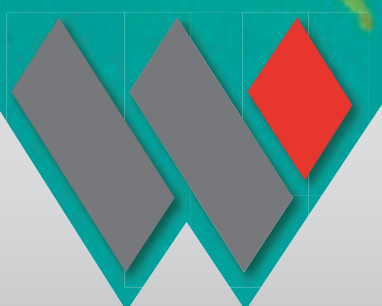
Wohn- und Bürozentrum für Körperbehinderte
Aumattstrasse 70-72 · Postfach · CH-4153 Reinach 1
Telefon 061 717 71 17 · Fax 061 717 71 00
info@wbz.ch · www.wbz.ch

Der Grund: Die Gründung.

Wir sind auf dem Sprung –
und gründen Ihre Firma mit.



Wer den Sprung in die Selbständigkeit wagt, tut dies besser nicht allein. Wir wissen wie man springt – und schwimmt. Was es braucht, wie tief es ist. Aus Erfahrung. Unsere Mitglieder lassen wir nicht strampeln. Tauchen Sie bei uns auf.



Haus der Wirtschaft

Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für KMU
aus Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie
Altmarktstrasse 96 Tel. 061 927 64 64
CH-4410 Liestal Fax 061 927 65 50
info@kmu.org

www.kmu.org

KONJUNKTUR

Starker Franken: Werden Konjunkturmassnahmen verlängert?

Der Bundesrat sieht wegen des starken Frankens keinen Anlass für Sofortmassnahmen des Bundes. Er will aber prüfen, wie Tourismus und Exportwirtschaft, die stark unter den tiefen Euro- und Dollarkursen leiden, unterstützt werden könnten.

Gebremstes Wachstum

«Die Lage ist ernst», stellte der Schweizer Volkswirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** am 19. Januar vor den Medien fest. Einzelne Branchen und Firmen litten wirklich. «In einer Krise befindet sich die Schweizer Wirtschaft aber nicht», sagte der frühere Chef einer exportorientierten Baumaschinen-Firma. Die Schweiz sei gut aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen und habe ein gutes Jahr hinter sich. Der Bundesrat gehe davon aus, dass sich nun das Wachstum wegen des starken Frankens abschwäche. Die Schweizer Wirtschaft werde aber immer noch wachsen.

Gegen Gentlemen Agreement

Einen direkten Einfluss auf den Wechselkurs will und kann der Bundesrat laut Schneider-Ammann nicht nehmen. Dies sei Aufgabe der Zentralbanken. Dabei sei die Schweizerische Nationalbank unabhängig, rief er in Erinnerung. Er lehnt es auch ab, dass sich die Banken in einem Gentlemen Agreement mit der Nationalbank dazu verpflichten, nicht mit dem Schweizer Franken zu spekulieren. Er habe sich intensiv mit dieser Frage befasst und sei zum Schluss gekommen, dass diese Vereinbarung in den 70er Jahren nichts gebracht habe. Überhaupt gebe es weder Hinweise noch Beweise dafür, dass spekuliert werde.



BILD IMAGETEAM-FOTOLIA

Wirtschaftspolitische Massnahmen

Der Bundesrat muss sich laut Schneider-Ammann darauf beschränken, wirtschaftspolitische Massnahmen zu prüfen. Zur Debatte stehe zum Beispiel die Verlängerung von Massnahmen, die der Bund während der Finanzkrise zur Stützung der Konjunktur beschlossen hatte. Viele davon seien immer noch in Kraft, sagte der Volkswirtschaftsminister. Er nannte etwa die Möglichkeit der Firmen, während 24 Monaten Kurzarbeit zu verhängen. Der Bundesrat lasse nun prüfen, ob diese Möglichkeit auch über den 31. Dezember 2011 hinaus gelten sollten. Vor der Finanzkrise hatte eine Maximaldauer von 12 Monaten gegolten. Als Antwort auf die Sorgen der Tourismusbranche diskutiere der Bundesrat eine zeitlich befristete Erhöhung der Mittel von Schweiz Tourismus. Mit diesem Geld soll dem Nachfragerückgang aus dem Ausland begegnet werden. Durch die Stimulierung der Binnennachfrage soll das Wegbleiben ausländischer Gäste ausgeglichen werden.

Mehr Transparenz beim Import

Weiter verfolgen will Schneider-Ammann auch die Standortförderungs- und Innovationsförderungspolitik. Er will auch den Abschluss neuer Freihandelsverträge vorantreiben, die das Wachstum stimulieren. Ansetzen möchte Schneider-Ammann zudem bei den Wechselkursgewinnern, die von den verbilligten Importpreisen profitieren. Diese Verbilligungen müssten der gesamten Wertschöpfungskette zu gute kommen. In den Markt eingreifen will Schneider-Ammann aber nicht. Ziel sei es, für mehr Transparenz zu sorgen.

(Quelle: sda)

OSEC/CREDIT SUISSE – Der KMU-Exportindikator für das 1. Quartal 2011 zeichnet ein insgesamt positives Bild aus der KMU-Wirtschaft.

Exportstimmung deutlich besser

Die Exportstimmung unter den Schweizer KMU für das 1. Quartal 2011 hat sich nach der vorübergehenden Abkühlung im Vorquartal wieder spürbar verbessert. Das ist der Befund des KMU-Exportindikators der Credit Suisse und der Osec. Die ausländische Nachfrage wird im 1. Quartal 2011 hoch bleiben, und KMU aus allen Branchen erwarten ein Anziehen ihres Exportvolumens. Sorgen bestehen hinsichtlich des starken Schweizer Frankens.

Auslandnachfrage bleibt im positiven Bereich

Gegenüber dem 4. Quartal 2010 ist das Exportbarometer der Credit Suisse, das die ausländische Nachfrage nach Schweizer Produkten abbildet, wieder leicht angestiegen. Aktuell wird ein Wert von 0,6 erreicht. Das ist einerseits weit über der Wachstumsschwelle von -1 und über dem Nullwert, der eine Normalisierung signalisiert.

Andererseits liegt der Wert noch unter dem Höchststand des 3. Quartals 2010. Da das Barometer deutlich in der Wachstumszone notiert, sollte die Auslandsnachfrage nach Schweizer Produkten über die nächsten Monate im positiven Bereich bleiben.

Dank der anhaltend hohen Auslandsnachfrage hat die Exportstimmung der inländischen Unternehmen für das 1. Quartal 2011 nach der vorübergehenden Abkühlung im Vorquartal wieder ins Positive gedreht. Das zeigen die KMU-Exportperspektiven der Osec, die auf der Befragung eines Panels von über 200 Schweizer KMU basieren. Aus der Exportstimmung der KMU für das 1. Quartal 2011 sowie den Exporten im Vorquartal errechnet sich ein Wert von 70,6 Punkten, gegenüber 47,0 Punkten zu Beginn des 4. Quartals 2010. Auf der von 0 bis 100 reichenden Skala signalisieren Werte über 50 ein Exportwachstum.

Alle Branchen erwarten Zuwachs

Gemäss den KMU-Exportperspektiven der Osec zieht sich die positive Exportstimmung für das 1. Quartal 2011 durch sämtliche Branchen. Als Exportlokomotiven dürften sich die Sektoren Dienstleistungen, Chemie/Pharma und Konsumgüter auszeichnen. Ebenfalls mit einem deutlichen Wachstum rechnen die Unter-



«Made in Switzerland» ist für den Export weiterhin ein begehrtes Markenzeichen.

BILD FERKELRAGGAE-FOTOLIA.COM



nehmen aus den Sektoren Elektrotechnik, Maschinenbau und Metallindustrie. Am geringsten ist die Wachstumserwartung in der Papier- und der Präzisionsindustrie. Besonders markant ist der Stimmungsumschwung im Dienstleistungssektor, der zu Beginn des 4. Quartals 2010 noch einen Rückgang der Exporte um 6 Prozent erwartet hatte.

Auch das Exportbarometer der Credit Suisse zeigt für alle wichtigen Schweizer Exportbranchen eine weiterhin intakte ausländische Nachfrage. Vergleichsweise stark präsentiert sich die Nachfrage in der Metallindustrie. Hier wirkt der überproportional hohe Anteil wichtiger europäischer Länder stimulierend – allen voran Deutschland. Auch für die Elektrotechnik sind die Absatzaussichten im Ausland günstig, während diejenigen für den Maschinenbau mit den Schweizer Gesamtexporten etwa gleichauf liegen.

Exporte nach Europa leicht rückläufig

Nur geringe Verschiebungen werden sich bei den Destinationen für Schweizer Ausfuhren ergeben: Die Region Europa wird aufgrund der Euroschwäche etwas an Bedeutung verlieren. Der Anteil der Region Asien-Pazifik nimmt ebenfalls ab, während Nordamerika stabil bleibt.

Gemäss den KMU-Exportperspektiven der Osec werden 77 Prozent der Schweizer KMU in den kommenden sechs Monaten (1. und 2. Quartal 2011) nach Europa exportieren, während es in den vergangenen sechs Monaten 85 Prozent waren. Wichtigster europäischer Exportmarkt bleibt Deutschland, wohin 67 Prozent der befragten KMU Waren oder Dienstleistungen ausführen werden, gefolgt von Österreich (43 Prozent), Frankreich (42 Prozent) und Italien (38 Prozent).

46 Prozent der Schweizer KMU werden im nächsten Halbjahr in die Region Asien/Pazifik exportieren (Vorperiode 51 Prozent), mit China (27 Prozent), Indien (19 Prozent) und Australien (17 Prozent) als wichtigsten Märkten. Nach Nordamerika dürften in den kommenden sechs Monaten 36 Prozent der KMU ex-

portieren, 25 Prozent in die Region Naher Osten/ Afrika sowie 14 Prozent nach Südamerika.

Wie das Exportbarometer der Credit Suisse zeigt, hat Deutschland als grösstes Abnehmerland nochmals an Fahrt gewonnen. Dass sich diese gute Ausgangslage nicht in den Erwartungen der Schweizer Exporteure niederschlägt, reflektiert die Unsicherheiten bezüglich der künftigen Währungsentwicklung. Neben Deutschland verzeichnen Frankreich und China ebenfalls eine anziehende Nachfrage. Auch in den USA war die Dynamik unverändert positiv, aber lau. Demgegenüber hat die Nachfrage andernorts an Schwung verloren, so in Italien oder Spanien, oder ist sogar abnehmend wie in Japan.

Starker Franken dämpft den Optimismus

58 Prozent der von der Osec befragten Schweizer KMU erwarten, dass

METHODIK OSEC

Die KMU-Exportperspektiven der OSEC basieren auf der quartalsweisen Befragung eines festen Panels von über 200 Schweizer KMU, welche die Branchen Pharma/Chemie, Maschinenbau, Konsumgüter, Metallindustrie, Papier, Elektrotechnik, Präzisionsindustrie und Dienstleistungen repräsentieren. Die KMU geben an, ob sie für das laufende und für das kommende Quartal einen Zuwachs, eine Stagnation oder einen Rückgang ihrer Exporte erwarten. Der KMU-Exportindikator kann einen Wert zwischen 0 und 100 erreichen, wobei Werte zwischen 0 und 50 einen erwarteten Rückgang der Exporte und Werte von 50 bis 100 ein erwartetes Exportwachstum signalisieren. Über die Angaben zum Exportvolumen hinaus liefern die Teilnehmer weitere Informationen, beispielsweise zu den Gründen für die Veränderung ihres Exportvolumens, den Exportmärkten usw. Diese Angaben liefern ein aussagekräftiges Bild über die Exportaktivitäten der Schweizer KMU.

sie – als Folge des starken Schweizer Frankens – weniger exportieren. Insbesondere die Branchen Präzisionsindustrie (75 Prozent), Chemie/Pharma (72 Prozent) und Maschinenbau (70 Prozent) sind von der Wechselkursentwicklung negativ betroffen. Verhältnismässig resistent ist der Sektor Dienstleistungen (36 Prozent). Allerdings geben immerhin 41 Prozent der KMU an, dass der starke Franken keinen Einfluss auf ihre Exporte hat.

Weitere Informationen zum KMU-Exportindikator für das 1. Quartal 2011 sind verfügbar unter:

LINK

www.osec.ch/exportindikator

Interessant auch für Geschäftskunden und Flottenbesitzer

Modernste PW-Textilwaschstrasse

Schonend, umweltfreundlich und an Toplage

Autobus AG Liestal

Mo–Fr 8–19⁰⁰
Sa 8–18⁰⁰

willkommen...
autobus.ag..liestal...

Autobus AG Liestal, Industriestrasse 13, 4410 Liestal www.aagl.ch

Verständlich. Übersichtlich. *Schweizerisch.*

Das neue UBS Vermögensverwaltungsmandat Schweiz erfüllt Ihren Wunsch nach klar verständlichen und transparenten Anlagen. Ihr Vermögen wird zu einem beträchtlichen Teil in Schweizer Franken Obligationen und Schweizer Aktien angelegt und von Spezialisten aktiv betreut. Informieren Sie sich auf unserer Internetseite und lassen Sie sich persönlich beraten.